

Eva Thäle

Abwesend

Mitglieder

| | | |
|------------------------|------------------|--------------------|
| Dr.med. Carmen Klockow | Freie FRAKTION | nicht entschuldigt |
| Leon Troche | SPD | nicht entschuldigt |
| Annina Beck | DIE aNDERE | entschuldigt |
| Madeleine Floiger | Freie Demokraten | nicht entschuldigt |

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023

- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- 10 Situation bezüglich des geplanten Unterstands für die Jugendlichen im Potsdamer Ortsteil Golm

- 5 Informationen des Jugendamtes

- 5.5 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt

- 5.2 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

- 5.1 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung

- 5.4 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“
- 5.3 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0008
- 5.6 aktueller Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/0676
- 8.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/1291
- 9 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass es vorab eine Anfrage von Frau Tietz zum aktuellen Stand des Unterstandes für Jugendliche in Golm gab. Dies werde als Tagesordnungspunkt 10 „Situation bezüglich des geplanten Unterstands für die Jugendlichen im Potsdamer Ortsteil Golm“ ergänzt. Zu diesem Thema sei Frau Knier, Ortsvorsteherin in Golm und Sozialarbeiterin im Verein Chance e.V., zu Gast.

Weiterhin gebe es weitere folgende Ergänzungen zum Tagesordnungspunkt 5 „Informationen des Jugendamtes“: 5.5 „Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt“, 5.6 „aktueller Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie“.

Folgende Reihenfolge der Tagesordnungspunkte schlägt Herr Reimann nach dem Tagesordnungspunkt 4 „Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat“ vor: 10 „Situation bezüglich des geplanten Unterstands für die Jugendlichen im Potsdamer Ortsteil Golm“, 5.5 „Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt“, 5.2 „Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie“, 5.1 „Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung“, 5.4 „Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“, 5.3 „Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0008“, 5.6 „aktueller Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie“. Danach werde man in der ursprünglichen Reihenfolge fortfahren

Der Tagesordnungspunkt 8.1 „Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft, 23/SVV/0676“ wird seitens der Fraktion auf die Februarsitzung des Jugendhilfeausschusses zurückgestellt.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023

Herr Reimann informiert, dass der Tagesordnungspunkt auf die Februarsitzung vertagt werde, da das Protokoll vom 14.12.2023 noch nicht vorliege.

4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet, dass Eric, Schüler am Humboldt-Gymnasium (1) an der heutigen Sitzung als Gast teilnehme. Er sei ebenfalls Mitglied im Jugendbeirat. Weiterhin arbeite momentan im Jugendbeirat in kleinen Arbeitsgruppen unter anderem an den Themen Benotung und psychische Gesundheit.

Herr Otto regt an zu klären, ob der Jugendbeirat als Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsgeld erhalten kann.

10 Situation bezüglich des geplanten Unterstands für die Jugendlichen im Potsdamer Ortsteil Golm

Frau Kathleen Knier, Ortsvorsteherin in Golm und Sozialarbeiterin im Verein Chance e.V. in Golm, berichtet, dass das Projekt im ersten halben Jahr einen guten Zugang zur Gruppe erreichen konnte. Man konnte die Rahmenbedingungen aushandeln, die Begleitung durch die Fachhochschule und das Jugendamt beginnen, und einen Bauantrag mit Unterstützung des Geschäftsbereiches 4 Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt (GB 4) der Stadtverwaltung Potsdam beim Bauamt stellen. In einer Telefonkonferenz hatten die Beteiligten (Kommunaler Immobilien Service, GB 4) signalisiert, dass der favorisierte Standort in der Karl-Liebknecht-Str. 27 umsetzbar sei. Da eine Mittelübertragung für die Hütte/Container nicht ins neue Jahr möglich gewesen sei, wurde diese bestellt, in der Hoffnung, dass eine Zusage für den Standort zu Beginn des Jahres komme. Leider gebe es dazu bisher keinen neuen Sachstand. Der GB 4 bemühe sich weiterhin um schnellstmögliche Klärung, da der Zulieferer die Materialien auch ausliefern wolle. Sollte es hier zu einer weiteren Verschiebung über den Januar hinauskommen, würden Lagerkosten in Höhe von 40€ wöchentlich auflaufen. Sollten man den Transport in die Einrichtung veranlassen, hätte man dann das Umlagerproblem vor Ort. Von der Zulieferfirma werde per Gabelstapler geliefert, was für die Größe des Projektes stehe. Durch den fehlenden Standort hätten auch bisher beim Jugendamt keine weiteren Anträge auf Förderung für die Sachkosten und darüber hinaus gestellt werden können, (unter anderem Toilette, Pacht, Energie, Honorare für Begleitung) gestellt werden, da diese Standort- und Pachtvertragsabhängig seien. Sie bittet um Unterstützung seitens der Stadtverordneten.

Es wird vereinbart, dass sich Herr Prof. Dr. Hafezi und Frau Knier auf direktem Wege in Verbindung setzen, um eine kurzfristige Lösung zu finden.

5 Informationen des Jugendamtes

5.5 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet zu den Ergebnissen der letzten Wochen. Man werde im gesamten Stellenpool der Stadtverwaltung Potsdam nach Stellen schauen, für die es aktuell keine konkrete Verwendung gebe. Diese wolle man umlenken, um 12 weitere Stellen für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) einzurichten. Andere Jugendämter, die gut aufgestellt seien, hätten einen Fallzahlenschlüssel von 45 bis 50. Potsdam liege aktuell bei 73. Ziel sei ein allgemeiner Durchschnitt von 45, der angestrebt werden muss. Dieser müsse auch dauerhaft gehalten werden können, das heißt man müsse regelmäßig die Personalbemessung im Auge behalten. Neue Stellen zu haben, bedeute jedoch nicht sofort Entlastung. Gemeinsam mit dem Bereich Personal werde man in der kommenden Woche eine Ausschreibungsbesetzung und einen Einarbeitungsplan für 2024 erstellen. Systematisch wolle man in mehreren Paketen erste Stellen schon ausschreiben. Die Auswahlverfahren seien eine zusätzli-

che Belastung für die Kolleg*innen. Er werde erneut berichten, wenn das Konzept abgestimmt worden sei. Wichtig sei, dass die Stellenausschreibungen nach Veröffentlichung breit verteilt und beworben werden.

Herr Reimann ergänzt, dass bereits ein Treffen in kleiner Runde mit dem Oberbürgermeister, Herr Prof. Dr. Hafezi, Frau Dr. Müller und ihm stattgefunden hat. In diesem wurde ebenfalls vereinbart, dass zu den besagten 12 Stellen, zusätzliches Personal an Verwaltungsfachkräften, oder Erziehern, etc. herangezogen werden soll, um die Sozialpädagogen zu unterstützen. Darüber hinaus soll Herr Prof. Dr. Hafezi sich dafür einsetzen, inwiefern Personal aus anderen Bereichen den ASD kurzfristig unterstützen wollen. Das im Dezember vereinbarte Gespräch gemeinsam mit dem Oberbürgermeister stünde noch aus. Er bittet darum, dass sich Interessierte, die an dem Treffen teilnehmen möchten, per E-Mail bis Freitag, den 26.01.2024 bei ihm und Frau Thäle melden sollten.

Herr Kulke bittet darum regelmäßig im Jugendhilfeausschuss zum Thema berichtet zu kommen. Damit man auch gemeinsam eruieren könne, wie man bei der Personalgewinnung unterstützen könne. Herr Reimann betont, dass man sich im ASD in einer Krisensituation befinde. Somit seien alle Mitarbeiter in der Stadtverwaltung aufgerufen zu unterstützen.

5.2 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Frau Miriam Peters, Bereichsleiterin Regionale Kinder- und Jugendhilfe Bereich 232 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Rufbereitschaft aktuell, trotz der hohen Belastung, durch die Kolleg*innen umgesetzt werde. Aktuell gebe es jedoch keine gültige Dienstvereinbarung. Es habe intensive Gespräche mit dem Bereich Personal und dem Personalrat gegeben. Daraufhin habe es einen Entwurf der Dienstvereinbarung gegeben, der jedoch nicht vom Personalrat unterzeichnet worden sei. Man werde demnach weiterhin Gespräche führen. Da es einer rechtlichen Arbeitsgrundlage bedarf, gebe es aktuell eine Anordnung zur Rufbereitschaft.

In der Zukunft solle es eine kommunale Einrichtung für ein Krisenteam geben, hier sei man aktuell weiterhin auf der Suche nach passenden Gebäuden. Man hoffe auf einen Start im Herbst 2024.

Man werde zeitnah erneut dazu berichten.

5.1 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung

Frau Kerstin Elsaßer, Bereichsleiterin Kindertagesbetreuung Bereich 234 der Landeshauptstadt Potsdam, und Herr Hilbert, Bereichsleiter Bau- und Betrieb Kita/Schule der Landeshauptstadt Potsdam, berichten anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Herr Witzsche begrüßt die standortbezogenen Trägergespräche. Er fragt was die Auslöser für diese Gespräche gewesen seien – sei es die mediale Berichterstattung gewesen oder resultiere das aus der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung. Zu Beginn des Jahres habe es einen Zeitungsartikel mit der Schlagzeile „Potsdams Kitas werden zu Familien-

zentren“ gegeben. Hatte man sich zuletzt nicht darauf geeinigt, erstmal die genauen Zahlen abzuwarten, sie auszuwerten und dann objektbezogen nach Ideen zu suchen? Aus seiner Sicht habe man gerade zu viele große Herausforderungen, als dass so ein „Wahlkampfgetöse“ Sinn bringen würde. Man wünsche sich stattdessen als Kita-Elternbeirat, dass sich Politik und Verwaltung klar positioniere – zu den bestehenden Kitas und dem dort beschäftigten Personal – so wie es andere Städte auch formulieren würden.

Herr Prof. Dr. Hafezi bekräftigt, dass das, was in der Zeitung zu Familienzentren stünde, nicht von der Verwaltung beauftragt worden sei. Man würde die Fachdiskussionen hier und in der AG 78 Kita führen.

Frau Frenkler verweist noch einmal auf die Stellungnahme der AG 78 Kita

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass man in der AG 78 Kita die Kriterien für den Zuschlag für Familienzentren besprechen und anschließend im Jugendhilfeausschuss berichten werde.

5.4 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“

Frau Kerstin Elsaßer, Bereichsleiterin Kindertagesbetreuung Bereich 234 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet (Anlage 2). Die zur Verfügung stehenden Mittel würden wie folgt verwendet:

1. Kinder mit Migrationshintergrund (Förderung seit 2022). Seit 2022 würden Kindertageseinrichtungen, die mehr als 40 % Kinder mit Migrationshintergrund betreuen, eine personelle Aufstockung erhalten. Somit unterstütze die Förderung besonders Kindertageseinrichtungen, die zusätzlich zu der hohen Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund vielschichtige Herausforderungen täglich bewältigen müssen. Die Förderung muss daher verstetigt werden.
2. Verstetigung ehemaliger Kiez-Kitas. Vor 2018 bis 2023 hätten insgesamt acht Kindertageseinrichtungen am Landesprogramm „Kiez-Kitas – Bildungschancen eröffnen“ teilgenommen. Von den bisherigen Kiez-Kitas würden insgesamt fünf Einrichtungen nicht mehr teilnehmen. Alle fünf Einrichtungen würden in 2024 jeweils 48.000 Euro (Personal- und Sachkosten) erhalten.
3. Finanzielle Unterstützung für Einrichtungen mit armuts- und entwicklungsgefährdeten Kindern. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft 78 Kita sei vereinbart worden, dass vor allem Kindertageseinrichtungen mit einer hohen Anzahl von Kindern, die armutsgefährdet seien und Entwicklungsauffälligkeiten aufzeigen würden, mehr Personal benötigen würden, um die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Kinder in der Kindertageseinrichtung zu verbessern. Folgende Kriterien seien zur Auswahl der Einrichtungen festgelegt worden: Bildungs- und Teilhabe-Leistungen (BuT-Leistungen), Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBV), Entwicklungsauffälligkeiten (1 oder mehr) laut Grenzsteine, elternbeitragsbefreite SGB II Empfänger. Man habe befunden nur Einrichtungen im Sozialraum fünf und sechs sowie im Planungsraum 401 zu fördern. Basierend auf den Daten der Einrichtungen erfolge ein Ranking der Einrichtungen.

Frau Frenkler ergänzt, dass die Umsetzung auf der gemeinsam erarbeiteten Lösung mit der AG 78 Kita erfolge. Grundlage für die Finanzierung sei das Berliner Modell, das heißt 0,01 VZÄ pro Kind in der Einrichtung. Die Verwaltung habe eine Auswahl bezüglich des Rankings getroffen und in dieser Woche die Anschreiben verschickt, um Daten einzuholen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller erläutert Frau Elsaßer, dass es bisher noch keine Förderrichtlinie oder ähnliches dazu gebe. Dies müsse in der AG 78 Kita erörtert und erarbeitet werden.

5.3 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0008

Frau Stefanie Buhr, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt 904 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet zum aktuellen Sachstand, dass sie eine Rücksprache mit dem Bereich Recht und Vergabe gehabt hätte. Man müsse einen neuen Stadtverordnetenbeschluss einholen, um sicherzustellen, dass entweder die 30.000 Euro des Kinder- und Jugendbudgets aufgestockt (zum Beispiel über 10.000 Euro) oder aufgeteilt würden, um eine personelle Untersetzung für die administrative Verwaltung des Budgets gewährleisten zu können. Dies müsse als Leistungsbeschreibung erfolgen. Im nächsten Schritt erfolge dann die Vergabe über die Summe, die die personelle Untersetzung ermögliche.

In der anschließenden Diskussion kritisieren die Mitglieder wiederholt, dass man seit mehreren Jahren nicht mit dem Budget arbeiten könne, da bürokratische Aspekte zu klären seien.

Es wird vereinbart, dass Frau Dr. Müller, Frau Buhr und Herr Reimann in einem gemeinsamen Treffen eine Lösung erarbeiten würden. Dies wolle man dann mit dem Oberbürgermeister erörtern.

5.6 aktueller Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie

Herr Prof. Dr. Hafezi erläutert, dass er zu Beginn seines Amtsantrittes zunächst einen fachlichen Überblick bezüglich Kolleg*innen, „Baustellen“, Themen etc. über den Fachbereich bekommen wollte. Was brauche es, damit das Jugendamt verlässlich und gut geleitet werden kann in den nächsten Jahren. Dies sei der Grund für die verzögerte Ausschreibung der Stelle der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie. Ein zu schnelles Ausschreiben hätte dazu führen können, dass man erneut einen schnellen Abgang zu verzeichnen hätte.

Er erläutert die Kriterien für die Stellenausschreibung anhand einer Präsentation (Anlage 3). Man hoffe voraussichtlich nach der Sommerpause eine Personalentscheidung getroffen zu haben. Er stelle eine erneute Berichterstattung für den Beginn des 2. Quartals in Aussicht.

PAUSE 18:25 – 18:35 Uhr

6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet zu einem Artikel in der Märkischen Allgemeinen Zeitung vor wenigen Tagen: „Potsdam verschuldet sich schwer für Schulen, Kitas und Sportplätze“. Er sei sich nicht sicher, wie es zu dieser Schlagzeile gekommen sei - ob diese allein der Feder des

Schreibenden entsprungen sei oder ob es Aussagen oder gar Pressemitteilungen der Verwaltung gegeben hätte, die eine derartige Ausrichtung provoziert hätten. Er appelliert erneut, dass man aus seiner Sicht größere Umsicht walten lassen müsse, denn wie Dinge formuliert würden, mache was mit den Menschen.

Weiterhin würde man sich seitens des Kita-Elternbeirates wünschen, dass Berichte aus der letzten Sitzung vorab per E-Mail geschickt würden, wenn Protokoll noch nicht vorliegen würden. Noch wichtiger sei ihnen, dass den Berichten beziehungsweise den Anliegen der Gremien in Zukunft nicht durch allgemeines Aufstehen und Verlassen der Sitzung die Aufmerksamkeit und Wertschätzung genommen werde.

Seit diesem Monat sei man als Kita-Elternbeirat mit einem festen beratenden Sitzung im Ausschuss für Bildung und Sport vertreten. Man freue sich jetzt auch dort engagiert mitwirken zu können.

7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

AG Kita

Am 30.01.2024 finde die Neuwahl der AG 78 Kita statt.

AG HzE

Die AG hat nicht getagt.

Herr Küken berichtet zu den Vertragsverhandlungen, dass man sich in dieser Woche mit Herrn Bauch von der Stadtverwaltung Potsdam verständigt habe. Er richtet einen großen Dank an Frau Dei und Frau Freimann aus. Man begrüße die Entwicklungen und sei schon gespannt auf die weiteren Gespräche. Ebenfalls begrüße man die Ausschreibung der Fachbereichsleitung 23.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat am 11.01.2024 getagt.

Zum Sachstand zur Evaluation der Arche-Stelle OKJA habe der Regionale Arbeitskreis (RAK) Babelsberg das Thema bereits in 2023 angestoßen, im Jugendhilfeausschuss wurde dazu Ende 2023 berichtet. Es sei nicht vorgesehen die Stelle umzuwidmen und es gebe keinen Bedarf in Babelsberg. Eine Evaluation liege noch nicht vor. Der RAK Babelsberg habe in den letzten Sitzungen deutlich signalisiert, dass jedoch tatsächlich Bedarf in Babelsberg bestehe. Momentan würden Kriterien für die Evaluation durch die Verwaltung erarbeitet. Besprochen gewesen sei eine Evaluation der Stellenbesetzung Arche. In 4 Wochen sollen durch die Verwaltung Kriterien zur Evaluation und eine Zeitschiene dazu im Unterausschuss vorgestellt werden.

Herr Dr. Lucic habe zur Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam am ESF Projekt „Prävention Kinderarmut“ berichtet. Die Bewerbung werde zum 30.01.2024 beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz eingereicht. Die Ausschreibung erfolge über die Investitionsbank des Landes Brandenburg. Die Erstellung der Bewerbung sei über die Geschäftsbereiche 3 (Federführung) und 2 erfolgt. Es würden 3 Fördertatbestände vorliegen: Entwicklung von Armutspräventionskonzepten für Kommunen, die Durchführung von Armutspräventionsprojekten und die Förderstruktur für das Förderprogramm. Die Aussichten auf Förderzusage seien sehr gut. Das Programm soll nach Zuschlagserteilung noch in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Bis dahin könne man Änderungsvorschläge einbringen. Man hoffe auf einen Start in 2024. Es erfolge eine erneute im Info im Unterausschuss, wenn die Bewerbung eingereicht und der Zuschlag erteilt worden sei.

Mit dem Thema Sozialraumorientierung via RAKs werde man sich in der Februarsitzung im Unterausschuss beschäftigen.

Die Landeshauptstadt Potsdam werde an der Fachtagung „Bei uns fliegst du nicht raus!“ – Praxis und Evaluation der intensiv- und individualpädagogischen Wohngruppe Port Nord aus Bremen am 24.01.2024 in Hamburg teilnehmen. Auch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport werde vertreten sein. Vom 18. Bis 20.09.2024 finde ebenfalls zum Thema Umgang mit geschlossener Unterbringung HzE eine Jahrestagung der IGfH (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen) in Potsdam in Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam statt. Unter dem Titel „Gute Orte“ würden die Gestaltungsmöglichkeiten der Erziehungshilfen als anregende Lebens- und Lernfelder für junge Menschen und ihre Eltern im Mittelpunkt stehen. Die Verwaltung werde im Unterausschuss nach der Fachtagung in Hamburg dazu berichten.

Man habe in der Sitzung Frau Stefanie Buhr zu Gast gehabt. Man möchte sie und ihre Arbeit bezüglich der Schnittstelle Jugendhilfe unterstützen und fördern. Kurzfristiges Ziel solle das Vorantreiben des Aktionsplanes kinderfreundliche Kommune sein. Weiterhin benötige man eine Kinder- und Jugendbeauftragte, was Frau Buhr aktuell noch nicht sei. Dies könne vom Jugendhilfeausschuss empfohlen werden, die Stelle könne aber nur durch den Oberbürgermeister geschaffen werden. Frau Buhr soll zukünftig in den E-Mailverteiler des Unterausschusses aufgenommen werden, so dass sie gegebenenfalls zu bestimmten Themen teilnehmen könne.

In der nächsten Sitzung werde man das Thema Rahmenkonzept Familienzentren behandeln.

Die Verwaltung habe informiert, dass momentan eine Stellenausschreibung für Verfahrenslotsen auf den Weg gebracht werde, da diese nach dem SGB VIII seit dem 01.01.2024 verpflichtend seien. Aktuell sei noch zu klären, wo diese angegliedert würden.

Frau Finke-Jetschmanegg berichtete zu den PLUS-Projekten, dass man dazu für das Schuljahr 2024/2025 noch nicht in die konkrete Planung gehen könne, weil es noch keine Aufforderungsschreiben durch den zuständigen Fachbereich in Richtung der Schulen und freien Träger gegeben habe. Abgabefrist für die Projekte sei der 28.02.2024, was so nicht gehalten werden könne. Man sei mit dieser Entwicklung sehr unzufrieden. Sollte es bis zum Jugendhilfeausschuss am 18.01.2024 noch keine weitere Entwicklung dazu geben, solle der Unterausschuss dazu im Ausschuss nachfragen.

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass man eine Fristverlängerung für die Beantragung der PLUS-Projekte vereinbart habe.

Frau Frenkler ergänzt, dass man verwundert gewesen sei, dass es keine Kinder- und Jugendbeauftragte für die Landeshauptstadt Potsdam gebe. Frau Buhr als Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen der Landeshauptstadt Potsdam benötige dringend Unterstützungsbedarf. Weiterhin warte man noch immer auf die Auswirkungen des Aktionsplans kinderfreundliche Kommune auf Beschlüsse in der Verwaltung. Neben den finanziellen Auswirkungen müssten auch stets die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche betrachtet werden. Dies müsse der Oberbürgermeister umsetzen.

Herr Reimann und Frau Dr. Müller würden dies in ebenfalls im Gespräch mit dem Oberbürgermeister besprechen.

8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

8.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Die Drucksache wird auf die Februarsitzung **zurückgestellt**.

8.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen

23/SVV/1291
vertagt

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein.

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass in Anbetracht der schwierigen Gesamthaushaltssituation der Landeshauptstadt Potsdam und in Umsetzung des Beschlusses zum Stabilisierungsprogramm der Antrag abzulehnen sei. Zudem würden erhebliche Probleme hinsichtlich Sauberkeit und Vandalismus erwartet, da der Wickeltisch zur Fremdnutzung einlade (beispielsweise zum Beklettern, als Abstellfläche für Glasflaschen (Glasbruch) oder Abfall). Hinzu komme die Verunstaltung durch Graffiti. Aktuell würden noch keine Outdoor-Wickeltische mit GS-Siegel oder TÜV-Zertifikat angeboten, was Voraussetzung für den Einsatz auf Spielflächen sei. Hinsichtlich der dauerhaften Nutzung sei an jedem Standort auch ein zusätzlicher Papierkorb einzuplanen, so dass Lieferung, Montage und Einbau je Standort für die dauerhafte Version mit Robinienholz mit jeweils investiven Kosten von 12.000 bis 13.000 Euro zu kalkulieren seien. Auch die notwendige tägliche Säuberung der Tische wäre Voraussetzung für eine hygienische und sichere Nutzung. Dies sei personell und wirtschaftlich nicht leistbar. Der Antrag sei abzulehnen.

In der anschließenden Diskussion wird das Ansinnen des Antrages begrüßt. Man könne einen Prüfauftrag daraus machen in Verbindung mit einem Modellprojekt in Potsdam. Es wird vereinbart, dass die Fraktion den Antrag vertage und überarbeite. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird **zurückgestellt**.

9 Sonstiges

Herr Witzsche kündigt an, dass man im Bündnis KiTA !ST 15 aktive Mitstreiter habe. Auftakt für 2024 sei am 29.01.2024 in der Investitionsbank des Landes Brandenburg. Die Veranstaltung richte sich an alle, primär an Unternehmen und Organisationen, die die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung sehen und sich beteiligen wollen. Weitere Details unter www.kita-ist.de/auftakt/.

Vorsitz:

Protokollführung:

Tiemo Reimann

Eva Thäle